Partei auch im Volkseigenen Gut Polßen zu verwirklichen. Dadurch wird auch unser Betrieb seinen Beitrag zum Aufbau des Sozialismus und zur Wiedervereinigung unseres Vaterlandes geben. (Beifall.)

Vorsitzender *ZHier:* Das Wort hat jetzt Genosse Fritz Rische, Mitglied des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Fritz Rische (Mit lebhaftem Beifall begrüßt.): Genossinnen und Genossen! Im Namen des Parteivorstandes der Kommunistischen Partei Deutschlands und in persönlichem Aufträge des Vorsitzenden unserer Partei, des Genossen Max Reimann (Lebhafter Beifall.), der durch Krankheit verhindert ist, begrüße ich auf das herzlichste alle Delegierten des IV. Parteitages und das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, mit den Genossen Wühelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht an der Spitze. (Erneuter lebhafter Beifall.) Mit diesem Gruß verbinde ich den Dank der Gastdelegation der Kommunistischen Partei Deutschlands und die heißen und herzlichen Wünsche unserer gesamten Partei sowie der patriotischen und friedliebenden Menschen in Westdeutschland. (Stürmischer Beifall.)

Sie alle blicken mit großen Erwartungen auf diese Beratung in der Gewißheit, daß von ihr weitere Erfolge für die Sache unserer Nation, für die Sache der Demokratie und des Friedens ausgehen werden.

Genossinnen und Genossen! Der IV. Parteitag findet in einer Situation statt, die in Westdeutschland dadurch gekennzeichnet ist, daß sich das Kräfteverhältnis zwischen den Militaristen und Kriegspolitikern einerseits und den Anhängern des Friedens und der Demokratie andererseits zu ändern beginnt. Der Verlauf und die Ergebnisse der Außenministerkonferenz in Berlin haben eine tiefe Wirkung in Westdeutschland Durch die Außenministerkonferenz wurden die Menschen auf die großen nationalen Fragen hingelenkt. Sie fragen, mit welchem Recht sich ein Adenauer entgegen allen nationalen Wünschen und Interessen unseres Volkes anmaßen konnte, eine deutsche Vertretung bei den Berliner Beratungen zu sabotieren. Sie fragen, mit welchem Recht die Bonner Machthaber eine Entscheidung des deutschen Volkes über die Lebensfrage, EVG oder Friedensvertrag, ablehnen. Sie fragen, warum Bonn keine gesamtdeutschen Beratungen und keine gesamtdeutschen Kommissionen will, die auf wirtschaft-